

80 Jahre UNO: Friedenshoffnungen in Krisenzeiten am Boden!

Die "Kleine Zeitung" beleuchtet aktuelle Krisen, UNO-Reformen und die Rolle des Klimawandels für internationale Sicherheit.



Grazer Schule, Österreich - Am 26. Juni 2025 blickt die Welt auf die Herausforderungen, die sich im Kontext der Vereinten Nationen in den letzten acht Jahrzehnten zugespitzt haben. Der 80. Jahrestag der UNO gibt keinen Anlass zum Feiern, da aktuelle Krisenherde wie der Ukraine-Konflikt, die Auseinandersetzungen im Nahen Osten und die Spannungen mit dem Iran die Aufmerksamkeit von drängenden Problemen wie dem Klimawandel ablenken. Altbundespräsident Heinz Fischer äußerte sich kritisch zu den Verbrechen der Hamas und wies darauf hin, dass der Krieg im Gazastreifen keine angemessene Antwort auf Terrorakte sei. Die Situation sei vergleichbar mit dem Amoklauf an einer Grazer Schule, bei dem zehn Menschen ihr Leben verloren. Fischer forderte eine Rückkehr zu Frieden

und verurteilte die anhaltenden Kriege.

Ban Ki-moon bedauert den Rückgang des Einflusses der UNO und warnt, dass Reformvorhaben innerhalb der Organisation oft zum Scheitern verurteilt sind, insbesondere in Bezug auf die Neugestaltung des Sicherheitsrats, der die Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg widerspiegelt. Fischer plädiert für eine Überprüfung des Vetorechts der ständigen Mitglieder und spricht sich für einen Sitz Österreichs als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat für 2027/28 aus, um eine neutralere Perspektive in die internationalen Verhandlungen einzubringen.

Klimawandel und internationale Sicherheit

Der Klimawandel bleibt eine zentrale Herausforderung, die in den aktuellen Diskussionen oft untergeht. Wissenschaftliche Berichte zeigen rekordverdächtige Temperaturen und eine Zunahme von Extremwetterereignissen. Diese Veränderungen verdeutlichen die Sicherheitsbedrohungen, die durch den vom Menschen verursachten Klimawandel hervorgerufen werden, und machen die Notwendigkeit einer neuen Sicherheitsdiskussion für den UNO-Sicherheitsrat unumgänglich. Seit 2007 thematisiert der Sicherheitsrat die Auswirkungen des Klimawandels auf Frieden und Sicherheit, doch die Debatten sind häufig von politischen Interessen geprägt.

- Deutschland hat Klimawandel als Sicherheitsrisiko erkannt und priorisiert dieses Thema während seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat 2019/20.
- Der Sicherheitsrat erkannte 2018 offiziell die Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit an, insbesondere in der Region um den Tschadsee.
- Aktuell sind zehn der 21 laufenden UN-Friedensmissionen in stark vom Klimawandel betroffenen Ländern aktiv, in denen 80% der UN-Friedenskräfte stationiert sind.

Die Verbindung zwischen Klimawandel und Konflikten ist eng, da

Umweltzerstörung die Wahrscheinlichkeit von Konflikten erhöhen kann. Ein Beispiel sind die devastierenden Brände in Australien, die die Dringlichkeit des Themas hervorgehoben haben. In diesem Zusammenhang fordern Bewegungen wie FridaysForFuture eine umfassendere Debatte über Klimasicherheit und die Rolle des Sicherheitsrats. Kritiker befürchten zudem eine Militarisierung der Klimapolitik und Einschränkungen nationaler Souveränität, während Befürworter die Einbeziehung des Themas in sicherheitspolitische Überlegungen befürworten.

Die Zukunft der UN und globale Herausforderungen

Trotz der Herausforderungen bleibt der Klimawandel eine echte Gefahr für die Sicherheitspolitik. Er wirkt destabilisierend und kann soziale Spannungen verschärfen, was zu Konflikten führt. Ein integrierter Ansatz zur Bewältigung klimabedingter Sicherheitsrisiken wird als notwendig erachtet, um den internationalen Sicherheitsrahmen zu reformieren. Diese Überlegungen stehen im Kontext der gegenwärtigen geopolitischen Spannungen und der Notwendigkeit, soziale Gerechtigkeit bei der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen zu gewährleisten.

Die Diskussionen über den Klimawandel und seine sicherheitspolitischen Implikationen sind dringender denn je, da Versäumnisse in der Umweltpolitik zu langfristigen Risiken führen können. Die fortwährenden Verzögerungen bei der Transformation zu nachhaltigen Wirtschaftsformen verdeutlichen, dass ohne klare politische Lösungen kaum Fortschritte erzielt werden können.

Auf dem Weg in die nächste Dekade wird die Verbindung von Klimawandel und Sicherheit im internationalen Diskurs immer wichtiger, und sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure sind gefordert, Maßnahmen zu ergreifen. Der UNO-Sicherheitsrat muss sich dringend mit diesen Themen befassen, um den

Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein.

Details	
Vorfall	Klimawandel
Ort	Grazer Schule, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kleinezeitung.at• dgvn.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at